

VERFASSUNGSGERICHTSHOF

G 150/2022-4

29. Juni 2022

BESCHLUSS

Der Verfassungsgerichtshof hat unter dem Vorsitz der Vizepräsidentin
Dr. Verena MADNER

in Anwesenheit der Mitglieder

Dr. Claudia KAHR,

Dr. Georg LIENBACHER,

Dr. Michael RAMI und

Dr. Ingrid SIESS-SCHERZ

als Stimmführer, im Beisein der verfassungsrechtlichen Mitarbeiterin
Mag. Olivia KNEHS-VRANITZKY
als Schriftführerin,

über den Antrag des ***, ***, ***, vertreten durch die Beneder Rechtsanwalts GmbH, Franz Josefs Kai 27/DG/9, 1010 Wien, das COVID-19-Impfpflichtgesetz (samt Eventualantrag) als verfassungswidrig aufzuheben, in seiner heutigen nicht-öffentlichen Sitzung beschlossen:

Der Antrag wird zurückgewiesen.

Begründung

I. Antrag

Mit dem vorliegenden, auf Art. 140 Abs. 1 Z 1 lit. c B-VG gestützten Antrag vom 4. Mai 2022 begehrt der Antragsteller, das Bundesgesetz über die Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 (COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG), BGBl. I 4/2022, idF BGBl. I 22/2022 (samt Eventualantrag) als verfassungswidrig aufzuheben. 1

II. Rechtslage

Das Bundesgesetz über die Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 (COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG), BGBl. I 4/2022, ist in seiner Stammfassung gemäß § 20 Abs. 1 leg. cit. am 5. Februar 2022 in Kraft getreten und wurde mit BGBl. I 22/2022 mit Geltung ab 18. März 2022 (betreffend § 1 Abs. 2 und 3, § 2 Z 5, § 3 Abs. 2, 3, 5 und 6, § 3a samt Überschrift, § 10 Abs. 2 und 3, § 11 Abs. 1, § 15 Abs. 1, § 16 Abs. 2 Z 2, 3 und 6 sowie § 20 Abs. 2, 5 und 6) bzw. ab 11. April 2022 (betreffend § 2 Z 11, § 3b samt Überschrift sowie § 7 Abs. 1, 2a, 2b und Abs. 5) teilweise novelliert. 2

Mit Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend die vorübergehende Nichtanwendung des COVID-19-Impfpflichtgesetzes und der COVID-19-Impfpflichtverordnung (im Folgenden: COVID-19-Nichtanwendungsverordnung), BGBl. II 103/2022, wurde gemäß § 19 Abs. 2 COVID-19-IG im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates (§ 18 Abs. 1 COVID-19-IG) durch den BMSGPK verordnet, dass die §§ 1, 4, 10 und 11 COVID-19-IG und die §§ 1 und 4 der COVID-19-IV ab 12. März 2022 bis 31. Mai 3

2022 "nicht auf Sachverhalte anzuwenden [sind], die sich nach Inkrafttreten dieser Verordnung ereignen". Die Verordnung wurde mit BGBl. II 198/2022 dahingehend novelliert, dass die Nichtanwendung der obgenannten Bestimmungen sowie der §§ 3, 3a und 3b COVID-19-IG bis zum 31. August 2022 verlängert wurde.

III. Antragsvorbringen

Zur Antragslegitimation bringt der Antragsteller auf das Wesentliche zusammengefasst vor, nach der ständigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes würde eine Strafandrohung ausreichen, um eine unmittelbare Betroffenheit zu begründen. Die Bestrafung würde in der Verordnung durch Impfintervalle und Ausnahmen abgesteckt sein, welche ausreichende Antikörper nicht genügen lassen würden. Der Strafvollzug sei zwar ausgesetzt, dies laufe jedoch Ende Mai 2022 aus, und da der Antragsteller mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Ende Juni 2022 und die darauffolgenden Monate und Jahre erleben werde, sei er unmittelbar betroffen.

4

IV. Zulässigkeit

1. Der Antrag ist unzulässig.

5

2. Gemäß Art. 140 Abs. 1 Z 1 lit. c B-VG erkennt der Verfassungsgerichtshof über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen auf Antrag einer Person, die unmittelbar durch diese Verfassungswidrigkeit in ihren Rechten verletzt zu sein behauptet, wenn das Gesetz ohne Fällung einer gerichtlichen Entscheidung oder ohne Erlassung eines Bescheides für diese Person wirksam geworden ist. Wie der Verfassungsgerichtshof in seiner mit VfSlg. 8009/1977 beginnenden ständigen Rechtsprechung ausgeführt hat, ist daher grundlegende Voraussetzung für die Antragslegitimation, dass das Gesetz in die Rechtssphäre der betroffenen Person unmittelbar eingreift und sie – im Fall seiner Verfassungswidrigkeit – verletzt. Hierbei hat der Verfassungsgerichtshof vom Antragsvorbringen auszugehen und lediglich zu prüfen, ob die vom Antragsteller ins Treffen geführten Wirkungen solche sind, wie sie Art. 140 Abs. 1 Z 1 lit. c B-VG als Voraussetzung für die Antragslegitimation fordert (vgl. zB VfSlg. 11.730/1988, 15.863/2000, 16.088/2001, 16.120/2001).

6

Der Verfassungsgerichtshof geht grundsätzlich davon aus, dass die bekämpften Gesetzesbestimmungen auch im Zeitpunkt seiner Entscheidung für den Antragsteller noch entsprechend wirksam sein müssen (vgl. VfSlg. 12.999/1992, 16.621/2002, 16.799/2003, 17.826/2006, 18.151/2007, 20.397/2020), was in der Regel dann nicht mehr der Fall ist, wenn die bekämpften Bestimmungen bereits außer Kraft getreten oder wesentlich geändert worden sind. Es ist aber nicht von vornherein ausgeschlossen, dass auch bereits außer Kraft getretene Regelungen die Rechtssphäre des Antragstellers aktuell berühren (vgl. etwa VfSlg. 20.397/2020, 20.399/2020 jeweils mwN). 7

3. Entgegen der Ansicht des Antragstellers entfaltet das COVID-19-IG keinen unmittelbaren Eingriff in seine Rechtssphäre: 8

Der Antragsteller übersieht nämlich, dass die Verpflichtung zur Impfung, die insbesondere in § 1 und § 4 COVID-19-IG normiert ist (vgl. VfGH 29.4.2022, G 29/2022), auf Grund der COVID-19-Nichtanwendungsverordnung, BGBl. II 103/2022, bereits im Zeitpunkt der Antragstellung am 4. Mai 2022 nicht mehr auf den Antragsteller anwendbar war. Es ist sohin schon zum Zeitpunkt der Antragstellung ein Rechtsschutzinteresse des Antragstellers zu verneinen (vgl. VfGH 17.6.2022, G 113/2022). 9

Da die COVID-19-Nichtanwendungsverordnung, BGBl. II 103/2022, idF BGBl. II 198/2022 auch im Entscheidungszeitpunkt des Verfassungsgerichtshofes die Nichtanwendung der Verpflichtung zur Impfung weiterhin (vorerst bis zum 31. August 2022) anordnet, kann auch zu diesem Zeitpunkt kein Rechtsschutzinteresse bejaht werden (vgl. VfGH 17.6.2022, G 113/2022). 10

4. Schon aus diesem Grund ist der Antrag als unzulässig zurückzuweisen. Bei diesem Ergebnis kann dahingestellt bleiben, ob der Antrag auch noch aus anderen Gründen unzulässig ist. 11

V. Ergebnis

1. Der Antrag ist daher als unzulässig zurückzuweisen. 12

2. Diese Entscheidung konnte gemäß § 19 Abs. 3 Z 2 lit. e VfGG ohne weiteres Verfahren in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen werden. 13

Wien, am 29. Juni 2022

Die Vizepräsidentin:

Dr. MADNER

Schriftführerin:

Mag. KNEHS-VRANITZKY